

Deutschlandsberger Volksstimme



Ausgabe Nr. 6

Zeitung der KPÖ Deutschlandsberg

Mai 2017

Frauental: „Modellregion“ verliert einen Betrieb

Bund und Land müssen aktiv werden

In Frauental stehen 160 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Per Jahresende soll die ehemalige „Porzellanfabrik Frauenthal“, jetzt PPC Insulators, geschlossen werden. Der Eigentümer, ein Finanzinvestor namens Triton, sieht woanders höhere Chancen auf Profite. Der Betriebsrat wurde vor vollendete Tatsachen gestellt.

KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss weist darauf hin, dass viele Kunden des Unternehmens in öffentlichem Eigentum stehen, darunter die ÖBB und Austrian Power Grid. PPC Insulators stellt technisches Porzellan her, wie es zum Beispiel bei 380-kV-Leitungen eingesetzt wird. Das Unternehmen bilanziert positiv. „Für den Eigentümer zählt offenbar nur Gewinnmaximierung“, werden die Betriebsratsvorsitzenden in den Medien zitiert.



Kommunalpolitische Arbeit lebt von den Anregungen, die an einen herangetragen werden. Sollten sie ein Anliegen haben oder uns auf etwas aufmerksam machen wollen, melden Sie sich bei uns!

Tel. 0681/1078 3346

E-Mail: walter_weiss@kpoe-steiermark.at

**Gemeinsam ist man
stärker als allein.**

Walter Weiss: „Die Kunden von PPC Insulators haben es in der Hand, ob sie lieber Arbeitsplätze vor Ort erhalten oder auf Produkte aus Billiglohnländern setzen. Die Republik muss zeigen, dass ihr österreichische Arbeitsplätze etwas wert sind.“

Obwohl sich das Land Steiermark, die AK und der ÖGB betroffen zeigen, scheint wieder auf ein altbekanntes Instrumentarium aus der sozialpolitischen Bestecklade zurückgegriffen zu werden: auf Sozialplan und Arbeitsstiftung. Dazu der steirische Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger (GLB-KPÖ): „Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen wollen überwiegend keine Sozialpläne und Arbeitsstiftungen; sie wollen ihre Arbeit in ihrer Region behalten! Das Land Steiermark, AK und ÖGB müssen sich viel offensiver diesen Problemstellungen widmen.“

Der Vorschlag des GLB und der KPÖ: Bund und/oder Land sollen PPC Insulators erwerben, für einige Zeit weiterführen und dann evaluieren, ob ein Weiterbestehen möglich ist. Immerhin schreibt das Unternehmen schwarze Zahlen. Die hohe

Qualität der erzeugten Produkte und ein gar nicht kleiner fixer Binnenmarkt würden dies durchaus rechtfertigen.

Nächster Schlag

Eine Woche später der nächste Schlag für den Bezirk. 22 Stellen bei der Wolfram Bergbau und Hütten AG, fast 9 Prozent der Belegschaft, sollen gestrichen werden.

Begründet wird die Maßnahme mit Preisdruck aus dem Ausland. Für die Betroffenen soll ein Sozialplan ausgearbeitet werden. Zwar beteuert man, dass es zum Teil natürliche Abgänge wären, die Nachbesetzung der Stellen wäre für die Arbeitsmarktsituation im Bezirk allerdings von enormer Bedeutung.

Walter Weiss: „Einerseits sprechen die Verantwortlichen in der Landes- und Bundespolitik davon, unseren Bezirk zu einer Modellregion für ein neues Projekt zur Reduzierung der Altersarbeitslosigkeit zu machen. Andererseits ist dies innerhalb kürzester Zeit der zweite größere Betrieb im Bezirk, von dem solche Nachrichten zu hören sind.“



Aus dem Deutschlandsberger Gemeinderat

Wohnen: Endlich gibt es Fortschritte

Das politische Jahr startete mit einer Marathonsitzung des Gemeinderates am 30. März. Das Czerweny-Haus, die bevorstehende Schließung des Volkshilfe-Kindergartens, der Hauptplatzumbau, die Zustimmung der Grünen zu teurerem Wasser, der Rechnungsabschluss sowie eine Initiative der KPÖ waren die Themen.

Czerweny-Haus: Jetzt kommt Bewegung rein

In der Gemeinderatssitzung vom 30. März berichtete Bürgermeister Mag. Josef Wallner (SPÖ), dass die Planung für die Sanierung des Czerweny-Hauses abgeschlossen sei. Sobald der Umbau abgeschlossen ist, soll neben neuen städtischen Wohnungen die Hälfte des Gebäudes für eine betreute Wohneinrichtung genutzt werden. KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss nach der Sitzung: „Endlich gibt es Fortschritte bei diesem wichtigen Thema. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass leistbarer Wohnraum eine der drin-



gendsten Fragen der heutigen Zeit ist. Weitere kommunale Wohneinrichtungen sollten

daher bald in Angriff genommen werden.“

In der Fragestunde fragte Weiss Vizebürgermeister Kovačić (ÖVP) ob es nun schon einen Termin für die Informationsveranstaltung mit Landesrat Drexler gäbe, damit dieser endlich zur Spitalsreform und den Auswirkungen für den Bezirk Rede und Antwort stehen kann. Leider gibt es nach wie vor keinen Fixtermin, die KPÖ wird hier aber weiter nachhaken.

Hauptplatzumbau: Drei Varianten vorgestellt



Hauptplatz 1908. cc wikimedia commons

Deutsch - Landsberg
Hauptplatz

Am Beginn der Sitzung stellten die Verantwortlichen des Instituts für Städtebau an der TU Graz ihre ausgearbeiteten Varianten für den Umbau des Hauptplatzes vor. In weiterer

Folge soll in einer Gemeindeversammlung nach dem Volksrechtesgesetz und weiteren Informationsveranstaltungen ein für die Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnittenes

Modell ausgearbeitet und umgesetzt werden. Die KPÖ wird weiter über dieses Thema berichten und im Prüfungsausschuss den Kostenaufwand für das Projekt im Auge behalten.

Volkshilfe-Kindergarten vor dem Aus?

Die zweite Frage in der Gemeinderatssitzung von Walter Weiss betraf das Kindernest in der Oberen Schmiedgasse. Dieser Kindergarten samt Kinderkrippe wird von der Volkshilfe betrieben und steht nun wahrscheinlich vor der Schließung durch den Betreiber.

Bgm. Wallner, der gleichzeitig auch Vorstandsmitglied der Volkshilfe Steiermark ist, sicherte zu, dass an einer Ersatzlösung sowohl für betroffene Eltern und Kinder, als auch für das Personal gearbeitet wird. Eine Möglichkeit wäre eine Weiterführung in einem anderen Ortsteil.

Weiss merkte an, dass es wichtig wäre den Betrieb in die öffentliche Hand zu überführen, damit der reibungslose Betrieb und die Übernahme der Belegschaft gewährleistet ist. Positiv ist, dass die städtische Kinderkrippe im Erlenweg mit Landesmitteln saniert und ausgebaut wird. Ein Schritt der schon längst überfällig war.

Wohnbeihilfe: Verschlechterungen bleiben

Die Abschaffung der Wohnbeihilfe im September 2016 hat zu großen Problemen bei Eltern geführt, die auf diese Unterstützung angewiesen sind.

Auch mit der seit 1.1.2017 geltenden Neufassung des Gesetzes hat sich an dieser Problematik nichts geändert. Es gibt einige Verbesserungen. Gleichzeitig hat das Land die Kontrollen verstärkt.

Da die wesentlichen Schwachstellen des Gesetzes mit der Novelle im Dezember 2016 nicht behoben, sondern teilweise noch verschlechtert wurden, haben sich die Oppositionsparteien im steirischen Landtag auf eine gemeinsame Vorgangsweise geeinigt und ziehen vor das Höchstgericht.

Rechnungsabschluss und KPÖ-Initiative

Dem Rechnungsabschluss für das Jahr 2016 stimmten alle Parteien außer der FPÖ zu. Diese merkte an, dass ihr der Abschluss zu wenig erläutert worden sei, obwohl dieser davor im Prüfungsausschuss von allen Parteien geprüft wurde.

Walter Weiss sagte, dass seine Zustimmung zum Rechnungsabschluss rein dem Zahlenwerk gilt und nicht dem politischen Programm der SPÖ-Stadt-

regierung. Dieses werde aber im Budget und nicht im Abschluss beschlossen.

Am Ende der Sitzung wurden wie üblich die Dringlichkeitsanträge behandelt. Der Antrag der KPÖ über die Ausweitung des Angebots der Stadtbibliothek auf die neuen Ortsteile wurde, wie auch der Antrag der Grünen, an den Stadtrat verwiesen und wird in der nächsten Gemeinderatssitzung behandelt.

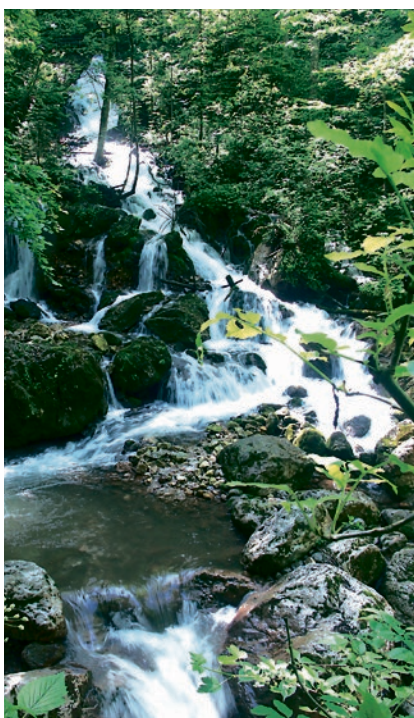
PPP-Modell und Gebührenordnung – Grüne sagen plötzlich ja zu teurerem Wasser

Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP wurde der Beschluss gefasst, gemeinsam mit den Gemeinden Frauental, Stainz und Preding eine Projektgesellschaft für die Abfallentsorgung zu gründen und von dieser 50 Prozent zu übernehmen. Die zweite Hälfte soll in einem Ausschreibungsverfahren einem privaten Abfallentsorger zufallen.

Walter Weiss wies auf die Risiken von sogenannten PPP (Public Private Partnership) Modellen hin und zeigte den grundsätzlichen Interessenskonflikt von öffentlichen Einrichtungen, deren Hauptinteresse im Allgemeinwohl liegen sollte, und privaten Wirtschaftstreibenden, deren Hauptinteresse in der Profitmaximierung liegt, auf. Es bleibt zu hoffen, dass dieses PPP-Modell nicht, wie schon viele andere weltweit, nach hinten losgeht und die Stadt einen finanziellen Schaden davonträgt. Ein pikantes Detail am Rande: auch die Gemeinden Groß St. Florian und Wettmannstätten waren ursprüngliche Partner,

sind inzwischen aber wieder abgesprungen.

Beim Beschluss der Wassergebührenordnung stimmte Walter Weiss als einziger dagegen. Die Grünen, die in der Sitzung im Dezember letzten Jahres noch gegen die Wassergebührenerhöhung von durchschnittlich acht Prozent stimmten, gaben der Gebührenordnung ihr Ja, obwohl die erhöhten Gebühren auch hier noch einmal explizit angeführt wurden.



Ihre Anliegen im Gemeinderat

Liebe

Deutschlandsbergerinnen
und Deutschlandsberger!



Altersarbeitslosigkeit

Das war ein eigenartiges zeitliches Zusammentreffen: Zuerst verkündet das AMS stolz, dass unsere Region eine Modellregion zur Beseitigung der Altersarbeitslosigkeit werden soll. Kanzler Kern mit seinem Plan A könnte sich eigentlich darüber freuen.

Aber es ist anders gekommen als gedacht: Ein paar Tage nach der optimistischen Ankündigung kam die Meldung, dass die Porzellanfabrik in Frauental zugesperrt wird. In bei Wolfram werden Arbeitsplätze abgebaut.

Wenn es nicht so schlimm für die Betroffenen wäre, könnte man darauf hinweisen, dass der Widerspruch zwischen den Ankündigungen der Regierung und der Wirklichkeit nicht deutlicher gemacht werden könnte. Land und Bund müssen aktiv werden, alles andere wäre an Doppelzünigkeit nicht zu überbieten!

Ihr KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss

PS: Sollten Sie ein Anliegen haben, schreiben Sie mir eine E-Mail an: walter_weiss@kpoe-steiermark.at oder hinterlassen Sie mir eine Nachricht mit Namen und Telefonnummer unter 0681/107 83346

KLEIN, aber MIT BISS



Vielleicht sollen sich die Leute Wohnwägen kaufen, damit sie den Arbeitsplätzen nachfahren können.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger, Herstellung und Druck: KPÖ-Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. F.d.Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Die Deutschlandsberger Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark – dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Was uns AUF- und EINFÄLLT...



...dass sich Bundeskanzler Kern auf facebook als Piz-zabote präsentiert. Glaubt er wirklich, auf diese Weise, die Sorgen der Mittelschicht wahrnehmen zu können? In Wirklichkeit zeigt das nur, wie abgehoben er ist.

...dass die Sozialhilfekosten für die Gemeinden immer höher werden. Trotzdem ver-

gessen Bund und Land immer wieder - zuletzt beim Finanz-ausgleich - auf eine Entlastung der Kommunen.

...dass sich Bürgermeister Wallner in der Gemeinderats-sitzung von den Plänen zur Schließung des Volkshilfe-Kin-dergartens überrascht zeigte, obwohl er Vorstandsmitglied der steirischen Volkshilfe ist.

...dass eine eigene EU-Steuer angedacht wird. Über das Versprechen, damit würde die Bevölkerung nicht zusätzlich belastet, kann man nur lachen.

...dass die Bevölkerungszahl in unserer Gemeinde in den letzten 10 Jahren um 2,2 Prozent auf 11.656 gewachsen ist.

...dass die Öffis schon wieder teurer werden. Am 1. Juli steigen die Tarife um durchschnittlich 1,6 Prozent.



Europa zerbricht am Euro – unter deutscher Vorherrschaft in die totale Krise. Buchcover des Promedia Verlags.

Banken ohne Schranken

Die Banken werden immer unverschämter. Auf dem Sparbuch bekommt man Zinsen, die man mit dem Mikroskop suchen muss. Die Überziehungszinsen bleiben auf einem Rekordhoch.

Im Schnitt kostet ein Gehaltskonto jährlich 108 Euro. Vor einem Jahr waren es 88 Euro. Das entspricht einer

Erhöhung um rund ein Viertel. Über manche Gebühren, die von den Kunden eingehoben werden, kann man sich nur mehr wundern. Von 1.000 Euro am Konto bleiben nach Abzug der durchschnittlichen Jahresgebühr von 108 Euro noch 892 Euro. Für zusätzliche Transaktionen werden leicht noch einmal 50 Euro im Jahr fällig.

Dazu kommen noch die Bankomatgebühren. Ihre flächenmäßige Einführung wird immer wahrscheinlicher. Die ÖVP will das nicht verhindern. Deshalb ist es notwendig, gemeinsam für ein gesetzliches Verbot dieser Zusatzbelastung einzutreten.

Während die minimalen Gehalts- und Pensionserhö-

hungen die Mehrkosten für die Menschen schon lange nicht mehr decken, hat man anscheinend in der Regierung vergessen, wer am Anfang der nun schon 10 Jahre lang andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise gestanden ist. Das waren die Banken mit ihrer abenteuerlichen Geschäftsgebarung.

Ferien mit Kinderland



Die Kinderland-Ferienaktion bietet vielseitige und vor allem kostengünstige Erholungsaufenthalte für Ihre Kinder. Aufenthalte von 1, 2, oder 3 Wochen im Feriendorf am Turnersee (nahe dem Klopeinensee) oder St. Radekund bei Graz stehen zur Auswahl. Zuschussmöglichkeiten gibt es von Land, Stadt, Betriebsräten und Sozialhilfverbänden.

Information und Anmeldung: 0316/ 82 90 70.



Das Grazer Wahlergebnis der KPÖ am 5. Februar war für die KPÖ sehr positiv: 25.645 Stimmen, 20,34 Prozent, zwei Stadträte, 10 Gemeinderäte und 35 Bezirksräte geben den Anliegen und Forderungen der Bevölkerung ein stärkeres Gewicht als bisher. Neben elke Kahr ist Robert Krotzer der zweite KPÖ Vertreter in der Stadtregierung.

Wohnen darf nicht **arm** machen.

KPÖ
im Gemeinderat